

Bericht

des Eingabenausschusses

Vorsitz: **Jens Grapengeter**

Schriefführung: **Antje Möller**

1.

Der Eingabenausschuss hat in seiner Sitzung am 24.02.2009 über 13 Eingaben mit 15 Anliegen beraten. Vor Eintritt in die inhaltliche Beratung hat der Ausschuss Verschwiegenheit gemäß § 56 Absatz 4 Geschäftsordnung beschlossen.

Eine Übersicht über die einzelnen Eingaben ist diesem Bericht beigelegt.

Eingaben mit einem * betreffen mehrere Anliegen.

Die Eingaben liegen zur Einsichtnahme für alle Abgeordneten in der Geschäftsstelle des Eingabenausschusses aus.

Alle Empfehlungen hat der Ausschuss einstimmig beschlossen.

2.

Im Falle der Eingabe Nummer 585/08, 1. Abermals: Anerkennung berufsbildender Abschlüsse, 2. Nutzung fächerübergreifender Credit-Points, hatte die Bürgerschaft am 05.11.2008 (Bericht Drs. 19/1188) beschlossen, die Eingabe hinsichtlich des Anliegens „Einrichtung einer bundesweiten Datei für Credit-Points“ dem Senat als „Stoff für künftige Prüfung“ zu überweisen. Nach Auffassung der Bürgerschaft sollte geprüft werden, die Einrichtung einer bundesweiten Datei für die Leistungspunkte zu unterstützen.

Der Senat teilt dazu Folgendes mit:

„Die Anrechenbarkeit beruflicher Bildung in anderen Bildungssystemen sowie die Durchlässigkeit der Systeme und damit verbundene Aufstiegsmöglichkeiten sind nur im Rahmen der Diskussionen um den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF), den nationalen Qualifikationsrahmen (DQR), das Leistungspunktesystem für berufliche Bildung (ECVET) und das Kreditpunktesystem für Hochschulen (ECTS) zu lösen. Die Erstellung einer Informationsdatenbank erfordert u.a. die Klärung der Fragen, in welche Zuständigkeit eine derartige Datei fallen könnte und welche Inhalte sie zur Verfügung stellen müsste.

Eine weitere Befassung mit diesem Thema wird regelhaft über die Beteiligung der fachlich zuständigen Stelle im Rahmen der üblichen ministeriellen Geschäftsprozesse mit der Kultusministerkonferenz und anderen Institutionen erfolgen. Eine Umsetzung im Rahmen des laufenden Prozesses ist nicht vor 2010 zu erwarten.“

Der Eingabenausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, wie folgt zu beschließen:

Zu 1.:

2 Anliegen dem Senat „zur Berücksichtigung“ zu überweisen,

2 Anliegen für „erledigt“ und

10 Anliegen für „nicht abhilfefähig“ zu erklären sowie bei

1 Anliegen „zur Tagesordnung“ überzugehen.

Zu 2.:

Kenntnis zu nehmen.

Antje Möller, Berichterstattung

Anliegen, zu denen der Ausschuss empfiehlt, sie dem Senat „zur Berücksichtigung“ zu überweisen:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
125/08*	Einheitliche Anwendung der Kampfmittelverordnung	Es sollte eine Verwaltungsvorschrift zur Vereinheitlichung der Anwendung der Kampfmittelverordnung erlassen werden
724/08	Übermittlung von Immatrikulationsbescheinigungen	Der Petentin sollten sowohl die Semesterunterlagen für das Wintersemester 2008/2009 als auch die Beitragsbescheide für das Wintersemester 2007/2008 und 2008 ausgehändigt beziehungsweise zugestellt werden

Anliegen, die der Ausschuss für „erledigt“ zu erklären beantragt:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
125/08*	Antragsformular des Auftragsbescheins	Dem Begehren ist entsprochen worden
773/08	Auskunft über geplante Bordelle in Wandsbek	Die gewünschte Auskunft wird erteilt

Anliegen, die der Ausschuss für „nicht abhilfefähig“ zu erklären beantragt:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
125/08*	Einheitliche Öffnungszeiten der Ämter und Dauer der Antragsbearbeitung	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
336/08	Gemeinnützigkeit eines Vereins, Lärmbelästigungen durch den Verein und tatsächliche Nutzung eines Studentenwohnhauses	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
658/08	Bestimmung einer Wohnung als Hauptwohnsitz	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
663/08	Anerkennung einer slowakischen Ausbildung als Krankenschwester	Dem Begehren kann aus rechtlichen Gründen nicht entsprochen werden
670/08	Nochmals: Duldung einer Gartenlaube und Nutzungsmöglichkeit einer Bootshalle	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
730/08	Ratenzahlung in Verwarn-/ Bußgeldangelegenheiten für ALG II-Empfänger	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
761/08	Weihnachtsdekoration im Maßregelvollzug	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
786/08	Wirksamkeit eines Strafbefehls und Haftentschädigung	Dem Begehren kann aus rechtlichen Gründen nicht entsprochen werden

Anliegen, die der Ausschuss für „nicht abhilfefähig“ zu erklären beantragt:

<u>Nr. der Eingabe</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Begründung</u>
787/08	Bearbeitung von Strafanzeigen	Dem Begehren kann aus rechtlichen Gründen nicht entsprochen werden
22/09	Streichung von Schöffnenliste	Dem Begehren kann aus rechtlichen Gründen nicht entsprochen werden

Anliegen, zu denen der Ausschuss empfiehlt, „zur Tagesordnung“ überzugehen:

<u>Nr. der Eingabe</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Begründung</u>
54/09	Erneut: Beschwerde über Steuerverwaltung und Schadensersatzanspruch	Die Eingabe enthält gegenüber einer früheren Eingabe, auf die ein ordnungsgemäßer Bescheid erteilt wurde, keine neuen Tatsachen oder Beweismittel